

## 1. SEEFISCHEREI

### Die Verhandlungen der Nordostatlantischen Fischereikommission

Die Nordostatlantische Fischereikommission, die kürzlich die Aufgaben des bisherigen Ständigen Ausschusses für die Internationale Fischereikonvention von 1946 übernahm \*), hielt ihre zweite Tagung vom 11. bis zum 15. Mai 1964 in Den Haag ab. Beteiligt waren die Delegationen aller 14 Mitgliedsstaaten; ferner waren Beobachter der USA, des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) und der Internationalen Kommission für die Fischerei im Nordwestatlantik (ICNAF) erschienen. Die deutsche Delegation bestand aus den Herren Regierungsrat Möcklinghoff (BML), Dr. Sahrhage (BFA für Fischerei), Dr. Genschow (Verband der Deutschen Hochseefischereien e.V.), O. Bauer (Verband Deutscher Heringsfischereien e. V.), A. Lühken und A. Steingraber (Deutscher Fischerei-Verband e.V.).

Zunächst wurde darüber beraten, wie weit die in der bisherigen Fischereikonvention von 1946 bereits festgelegten Bestimmungen über Mindestmaschenweiten und Mindestmaße für besonders geschützte Fische auch in den Meeresgebieten Anwendung finden sollen, die durch die Nordostatlantische Fischereikonvention von 1959 neu in den Konventionsbereich einbezogen werden. Es wurde beschlossen, daß diese Bestimmungen auch im Gebiet des Barentsmeeres zwischen  $32^{\circ}$  und  $51^{\circ}$ E Gültigkeit haben sollen. Dagegen werden für den ebenfalls neu hinzugekommenen südlichen Bereich zwischen  $36^{\circ}$  und  $48^{\circ}$ N (Untergebiet III, Biscaya und spanisch-portugiesische Küste) noch keine Schonmaßnahmen eingeführt. Durch unmittelbare Gespräche zwischen Frankreich, Portugal und Spanien soll zunächst geklärt werden, ob die Einführung von Regulierungen notwendig ist, und welche Maßnahmen dafür in Betracht kommen. Der Regionalausschuß III wird sich während der nächsten Jahrestagung dann diesen Fragen zuwenden.

Auf Antrag der britischen Delegation, der von deutscher Seite unterstützt wurde, beschloß die Fischereikommission, die zur Zeit geltenden Bestimmungen für die Benutzung von Schutzvorrichtungen an der Oberseite der Schleppnetzsteerte bis zum 1. Januar 1966 zu verlängern. Gegen eine Verlängerung hatte sich - wie schon bei früheren Gelegenheiten - die norwegische Delegation gewandt, wobei die Befürchtung zum Ausdruck kam, daß durch diese Schutzvorrichtungen möglicherweise die Selektion der Netze erheblich herabgesetzt werden könne. Die Mitgliedsregierungen sollen die Kommission über die in Gebrauch befindlichen Schutzeinrichtungen sowie deren Auswirkung auf die Selektivität der Netze unterrichten und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen auf diesem Gebiet dem Internationalen Rat für Meeresforschung zuleiten, damit die Auswirkungen der verschiedenen Modelle international verglichen werden können. Die meisten Mitgliedsstaaten, in denen Schleppnetzfischerei betrieben wird, wünschen eine weitere Zulassung der oberseitigen Schutzvorrichtungen, und die Kommission hofft, aufgrund der Berichte und Untersuchungen einen oder mehrere Typen von solchen Vorrichtungen zu finden, die allgemein annehmbar sind und keine wesentliche Verminderung der Selektivität herbeiführen.

Die Sonderregelung für die Wittlingsfischerei im Skagerrak und Kattegat (früher Anhang IV der Fischereikonvention von 1946) wurde auf Antrag der dänischen Regierung bis zum 1. Januar 1970 verlängert. Danach dürfen kleine Fahrzeuge aller Mitgliedsstaaten mit Maschinenstärken unter 150 PS in diesem

\*) Siehe "Informationen für die Fischwirtschaft" 10. Jahrgang, Heft 5.

Gebiet mit engmaschigen Schleppnetzen auch weiterhin die Wittlingsfischerei betreiben und unbegrenzte Mengen kleiner Wittlinge anlanden, sofern die Fänge keine Fische der übrigen nach Anhang II geschützten Arten enthalten. Der Kommission müssen jährlich Berichte über den Verlauf dieser Fischerei vorgelegt werden.

Auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Berichtes über die Wittlingsfischerei in der Irischen See beriet die Kommission außerdem kurz über die Möglichkeiten zur Einführung von Sonderregelungen in diesem Gebiet. Es wurde festgestellt, daß die Wittlingsfischerei hier in engem Zusammenhang mit der Fischerei auf Nephrops (Kaisergranat) betrachtet werden muß. Bis zur nächsten Jahrestagung sollen die Voraussetzungen durch weitere unmittelbare Verhandlungen zwischen Großbritannien, Nordirland und der Republik Irland geklärt werden.

Von den norwegischen Delegierten wurde die Aufmerksamkeit der Kommission auf den Rückgang der Einheitserträge in der Fischerei auf Dornhai gelenkt. Diese Fischerei wird hauptsächlich von Fischern aus England, Schottland, Norwegen und Frankreich betrieben, wobei die meisten Fänge aus den Gebieten der nordwestlichen Nordsee und vor der schottischen Westküste kommen. Die Anlandungen stiegen von 9 000 t (1945) auf rund 50 000 t (1960), dagegen wird geschätzt, daß die Einheitsfänge (Fangmengen je Einheit des eingesetzten Fischereiaufwandes) von 1957 bis 1963 um 35 % zurückgegangen sind. Zum Schutz der Dornhaibestände dachten die Norweger zunächst an die Einführung eines Mindestmaßes von 70 cm für diese Fische. Die anderen Mitglieder der Kommission hielten die Einführung von Schonmaßnahmen aufgrund des bisher vorliegenden Materials noch für verfrüht, und so wurde auf norwegischen Vorschlag beschlossen, den Internationalen Rat für Meeresforschung um eine Studie über den Dornhaibestand und die Auswirkungen eventueller Erhaltungsmaßnahmen zu bitten, die bis zur nächsten Jahrestagung vorgelegt werden soll.

Die norwegische Delegation brachte erneut ihre Befürchtungen über eine zu starke Nutzung der Fischbestände im nordöstlichen Konventionsgebiet (Norwegische Küste-Bäreninsel-Barentsmeer) und ihre Hoffnung auf eine baldige weitere Erhöhung der Mindestmaschenweite in diesem Raum von 120 mm auf 130 mm zum Ausdruck. Auf ihre Anregung wurde der Internationale Rat für Meeresforschung gebeten, die bereits früher eingesetzte internationale Arbeitsgruppe für diesen Sektor zu reaktivieren, um neue Untersuchungen über die Fischbestände im Nordostgebiet einzuleiten.

Ein dänischer Vorschlag zur Einführung einer Mindestmaschenweite von 120 mm im Gebiet der Färöer-Inseln, durch den eine einheitliche Bestimmung über die Mindestmaschenweite in der gesamten Region I der Konvention erreicht werden sollte, wurde zurückgestellt, da zunächst die Auswirkungen der Ausdehnung der Hoheitsgewässer um die Färöer auf die Fischereierträge der beteiligten Länder festgestellt werden müssen.

Einen breiten Raum nahmen die Gespräche über Fragen der Schonung der Heringsbestände in der Nordsee und im nördlichen Konventionsbereich ein. Die Einführung von Schonmaßnahmen für den Hering wird besonders von Frankreich und der Sowjetunion gefordert \*). Der Ständige Ausschuß der Fischereikonvention hatte anläßlich seiner Tagung im Mai 1963 in einer Resolution seine Besorgnis über den Rückgang der Heringsbestände ausgedrückt und den Internationalen Rat für Meeresforschung ersucht, die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ursachen dieses Rückganges mit

---

\*) Siehe "Informationen für die Fischwirtschaft" 10. Jahrgang, Heft 2, Seite 51.

größtmöglicher Schnelligkeit weiterzuführen. Eine Gruppe von Wissenschaftlern hat inzwischen einen umfassenden Bericht über den augenblicklichen Stand der Heringsfischerei in der Nordsee und die bisher gesammelten Kenntnisse über die Biologie der Heringsbestände zusammengestellt. Auch die Möglichkeiten und Auswirkungen bei verschiedenartigen Schonmaßnahmen werden darin diskutiert. Dieser Bericht, zusammen mit einem vorläufigen Bericht über die atlanto-skandischen Heringsbestände im nördlichen Konventionsgebiet, war der Fischereikommission über den wissenschaftlichen Verbindungsausschuß des ICES zu ihrer Jahrestagung zugeleitet worden.

Aus dem Bericht über die Heringsbestände in der Nordsee ist zu entnehmen, daß die Einführung von Mindestmaschenweiten und Mindestmaßen für angelandete Fische kaum zu einer Steigerung der Heringsanlandungen, sondern auf lange Sicht eher zu einem Absinken derselben führen würde. Die Regulierung der Maschenweite in der Heringsfischerei ist schon deswegen sehr schwierig, weil bei bestimmten Maschenöffnungen große Mengen von "Steckfischen" auftreten können, die die Maschen verstopfen und damit die Selektivität stark herabsetzen. Unter der Annahme, daß die Fischerei ohne Einfluß auf die Nachwuchsproduktion an Heringen ist, würden auch Maßnahmen zur Reduzierung der fischereilichen Entnahme (z.B. Beschränkungen der Fangmengen) voraussichtlich keinen langfristigen Zuwachs im Gesamtfang an Hering bringen. Am zweckmäßigsten wäre noch eine Begrenzung des Fischereiaufwandes (z.B. in der Anzahl der eingesetzten Schiffe), wodurch die Dichte der Heringsbestände erhöht würde und theoretisch insgesamt gesehen für das einzelne Fahrzeug ein besserer Fang erzielt werden könnte. Nach den Berechnungen darf vermutet werden, daß eine Reduzierung des Fischereiaufwandes um 20 % zu einer Erhöhung des Einheitsfanges um 20 % führen würde. Aus dem Bericht ist ferner zu ersehen, daß eine Einschränkung der industriellen Fischerei auf Kleinerheringe ( "Ölheringsfischerei" ) zwar ein gewisses Ansteigen der Fänge an großen Heringen herbeiführen würde, die gesamte Fangmenge an Heringen aus der Nordsee wäre damit jedoch nicht zu steigern. Somit dürfte die Frage "Ölheringsfang oder Konsumerheringsfischerei ?" nur wirtschaftspolitische Bedeutung haben und für die Diskussion um Notwendigkeit oder Sinnlosigkeit von Schonmaßnahmen in der gegenwärtigen Heringsfischerei unerheblich sein.

In dem vorläufigen Bericht über die atlanto-skandischen Heringsbestände wird festgestellt, daß nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen der Einfluß der Fischerei auf den Bestand an erwachsenen "Norwegischen Frühjahrslaichern" gering sein dürfte. Die starken Schwankungen in der Bestandsdichte und damit in den Fangmengen werden weitgehend auf natürliche Ursachen zurückgeführt.

In der Fischereikommission konnte keine Einigung darüber erzielt werden, ob eine Schonung des Herings in den genannten Gebieten notwendig ist oder nicht. Es wurde beschlossen, den Internationalen Rat für Meeresforschung um eine intensive Fortsetzung der wissenschaftlichen Untersuchungen zu bitten.

Verschiedene Delegationen betonten die dringende Notwendigkeit für eine Vereinheitlichung der nationalen Kontrollen sowie für die Einführung internationaler Kontrollen auf hoher See. Die Fischereikommission setzte hierfür eine besondere Arbeitsgruppe ein, in der alle Mitgliedsstaaten vertreten sind. Die Gruppe soll die praktischen Probleme einer internationalen Inspektion untersuchen und der Kommission Vorschläge für die Verwirklichung eines solchen Systems unterbreiten. Vorsitzender dieser internationalen Arbeitsgruppe ist der 1. Vizepräsident der Kommission, Herr D. Olafsson (Island).

Die nächste (3.) Jahrestagung der Nordostatlantischen Fischereikommission soll auf Einladung der sowjetischen Regierung vom 11. bis 14. Mai 1965 in Moskau stattfinden.

D. Sahrhage  
Institut für Seefischerei  
Hamburg